



Für Wachstum und Modernisierung

02.02.2023 20:32

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An g.priesmeier@t-online.de <g.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)

freibrief



Liebe Gabriele Priesmeier,

die Erhebung des Solidaritätszuschlags ist „noch“ rechtmäßig, seine **Abschaffung ist dennoch politisch geboten**: aus Gründen der Glaubwürdigkeit ebenso wie zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Eine **Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht** wird es mit uns nicht geben. Die Bundeswehr muss vielmehr weiter modernisiert, professionalisiert und gestärkt werden.

Das neue Deutschlandticket startet im Mai! In weniger als einem Jahr hat Verkehrsminister Dr. Volker Wissing damit eine **grundlegende Modernisierung des ÖPNV** auf den Weg gebracht.

Dr. Joachim Stamp hat seine Arbeit als neuer **Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen** aufgenommen. Seine Ziele: Arbeitsmarktmigration fördern, Rückführungen von Menschen ohne Aufenthaltsrecht verbessern.

THEME
N

MELDUNGE
N

STELLENAUSSCHREIBUN
GEN

TERMIN
E



Abschaffung des Solis bleibt nötig und möglich

Der Bundesfinanzhof hält den Solidaritätszuschlag „noch“ für zulässig, ein abschließendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht jedoch weiterhin aus. Unberührt von der juristischen Frage, ob die Erhebung des Solis verfassungskonform ist, bleibt jedoch die politische Frage, ob er überhaupt gewollt ist. Wir Freie Demokraten antworten auf diese Frage weiterhin mit einem klaren „Nein“. Denn: „Deutschland ist ein Hochsteuerland. Die Abschaffung des Soli wäre nicht nur eine Entlastung, sondern würde auch unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken“, bekräftigt FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. In der Tat sorgt die von den Unionsparteien für die Finanzierung der deutschen Einheit erdachte Sonderabgabe mehr als 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und mehr als drei Jahre nach dem Auslaufen des Solidarpakts II noch immer für Zusatzbelastungen in zweistelliger Milliardenhöhe: u.a. für Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Selbstständige, Betriebe und sogar für Sparerinnen und Sparer. FDP-Chef Christian Lindner pflichtet daher bei: „Aus unserer Sicht ist die Abschaffung eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit.“ Wer unbedingt Steuerhöhungen wolle, sollte für politische Mehrheiten für eine Veränderung des Einkommensteuertarifs werben, nicht aber ein Instrument nutzen, das einmal für die Umsetzung der deutschen Einheit eingeführt worden ist, brachte Lindner es auf den Punkt. Für uns Freie Demokraten hat weiterhin Priorität, die Belastungen spürbar zu senken, damit unser Land aus der Krise und zurück auf den Wachstumspfad findet. In diesem Sinne könnte und sollte der Soli ohne großen Aufwand gestrichen werden.

► Mehr

**Nein zur
Wiedereinführung der
Wehrpflicht**

•

•

In der Debatte zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht haben wir Freie Demokraten klar Stellung bezogen. FDP-Präsidiumsmitglied und Justizminister Dr. Marco Buschmann bezeichnete ein solches Vorhaben als „Zumutung für die junge Generation, die in der Pandemie genug gelitten hat“. Junge Menschen haben durch die pandemischen Beschränkungen auf viele Erlebnisse und Erfahrungen verzichten müssen. Deshalb verbiete es sich, ihnen durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht weitere Lebenszeit zu rauben. Hinzu kommt der allgegenwärtige Fachkräftemangel: Das Potenzial und die Fähigkeiten jedes einzelnen gut ausgebildeten jungen Menschen müssen genutzt werden. FDP-Vize Johannes Vogel stellte deshalb klar: „Die Wehrpflicht lässt sich mit Blick auf die Lage nicht rechtfertigen. Die Zeitenwende verlangt einen anderen Fokus!“ Damit die Bundeswehr der neuen Rolle Deutschlands und Europas gerecht werden kann, müsse sie vielmehr als hochprofessionelle Armee gestärkt werden. Für Vogel bedeutet das konkret: „Hervorragend ausgebildete Soldatinnen und Soldaten mit modernstem Gerät. Und der Ausstattung und Wertschätzung, die sie verdienen!“

► Mehr

**Deutschlandticket: Für mehr
Mobilität im Land**



Es ist beschlossene Sache: Das Deutschlandticket kommt! Ab Mai wird es für 49 Euro im Monat möglich sein, sämtliche Angebote des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs zu nutzen – und das im ganzen Land. Der unübersichtliche Dschungel unterschiedlichster Verbund- und Tarifstrukturen mit teils erheblichen Preisdifferenzen gehört damit schon sehr bald der Vergangenheit an. Das Ticket wird einfach, komfortabel und vor allem digital sein. Verkehrsminister Dr. Volker Wissing erklärt: „Das ist ein gutes Signal für all die Menschen, die dringend auf die Einführung des Tickets warten. In weniger als einem Jahr haben wir etwas auf den Weg gebracht, das den ÖPNV grundlegend modernisieren wird. Das ist ein echter Fortschritt für unser Land.“

► [Mehr](#)

Migrationsabkommen auf den Weg bringen

Dr. Joachim Stamp wurde in dieser Woche offiziell vom Bundeskabinett zum Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen berufen. Die Regierungskoalition hat mit ihm einen der erfahrensten Köpfe im Bereich der Integrationspolitik für diese Aufgabe gewinnen können. Stamp selbst erklärt zu seinem neuen Amt: „Es ist doch so, dass die überragende Mehrheit in Deutschland sich hier einen klaren Kurs wünscht, dass wir denjenigen alle Chancen geben, die arbeiten und anpacken wollen, und dass wir umgekehrt konsequent alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um diejenigen dann auch abzuschieben, die unsere Gesellschaft belasten, insbesondere Straftäter und Gefährder.“ Wir Freie Demokraten wollen die Migrationspolitik neu ausrichten. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, einerseits mehr reguläre Migration in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, andererseits irreguläre Migration deutlich zu reduzieren. Mit der Besetzung des Amtes des Migrationssonderbevollmächtigten haben wir dazu einen wichtigen Schritt getan.

► [Mehr](#)

- [Mehr Tempo auch für Straßen und Brücken \(fdp.de\)](#)
- [Langsames Bauen hilft der Umwelt nicht \(fdp.de\)](#)
- [Willkommenskultur für Innovationen \(fdp.de\)](#)
- [Moritz Körner schlägt ARD europäisches TV-Format "Europa will" vor \(Twitter\)](#)

Wahl in Berlin: Der Endspurt ist eingeläutet!

In weniger als zwei Wochen haben wir die Chance, in Berlin einen echten Neustart zu ermöglichen. Wir wollen das Verwaltungschaos beenden und die Bezirksämter abschaffen. Wir wollen eine Wohnungsbauoffensive, damit Familien, Senioren und Auszubildende eine größere Auswahl haben – in allen Lagen und für alle Geldbeutel. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die Selbständige und Handwerksbetriebe endlich wieder in den Blick nimmt.

Machen wir Berlin zur Hauptstadt der genutzten Chancen! Sie können uns dabei unterstützen:

- Sie haben Familie, Freundinnen oder Freunde in Berlin? Überzeugen Sie sie davon, [jetzt noch per Brief](#) oder am 12. Februar FDP zu wählen. Unser [interaktives Kurzwahlprogramm](#) zum Teilen und Verbreiten hilft Ihnen dabei.
- Folgen Sie unserem Spitzenkandidaten Sebastian Czaja auf [Instagram](#), [Twitter](#) und [Facebook](#). Verstärken Sie die Reichweite seiner Beiträge, indem Sie diese liken, teilen und kommentieren.
- Unterstützen Sie die politische Arbeit der FDP Berlin mit einer [Spende](#).
- Unterstützen Sie die die FDP Berlin bei Wahlkampfterminen vor Ort. Alle Termine und mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Satzungsänderungsanträge zum 74. Ord. Bundesparteitag

Die fristgerecht eingegangenen Satzungsänderungsanträge zum 74. Ord. Bundesparteitag finden Sie [hier](#). Zu diesen können nun Änderungsanträge gestellt werden – auch als Basisantrag von 250 Mitgliedern nach § 11 Abs. 1 Nr. 16 BGO.

Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen sind bis **Montag, 06. März 2023, 24:00 Uhr**, bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen: Entweder direkt in unserem digitalen Antrags- und Versammlungssystem [OpenSlides](#) oder per Mail an: parteitag@fdp.de.

Die FDP Brandenburg sucht:

- Mitarbeiter/-in in der Landesgeschäftsstelle (w/m/d)

Die FDP-Fraktion in Bielefeld sucht:

- Fraktionsgeschäftsführer/-in (w/m/d)

Die FDP-Fraktion in Frankfurt sucht:

- Referent/-in für Kommunalpolitik (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern sucht:

- Assistent/-in der Geschäftsführung (w/m/d)
- Bürosachbearbeiter/-in Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) Stiftung Klima- und Umweltschutz M-V (w/m/d)
- Referent/-in für die Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)
- Referent/-in für das Sekretariat der Enquete-Kommission Jung sein in M-V (w/m/d)

Die FDP-Fraktion Rheinland-Pfalz sucht:

- Jurist/-in für den Bereich Inneres, Sport, Landesplanung und Recht (w/m/d)

Das Büro der EP-Vizepräsidentin Nicola Beer sucht:

- Referent/-in für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (w/m/d)

Die Jungen Liberalen suchen:

- Office Administration (w/m/d)
- Referent/-in für Finanzen (w/m/d)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sucht:

- IT-Referent/in Ausland (w/m/d)
- Leiter/-in Facility Management (w/m/d)
- Sachbearbeiter/-in
Hauptstadtbüro/Bundesprogramm/Netzwerkmanagement
(w/m/d)

Stellenausschreibungen der **FDP-Bundestagsfraktion** finden Sie hier.

Termine

- Abgeordnetenhauswahl in Berlin 📅 12.02.2023
- Politischer Aschermittwoch der FDP Bayern 📅 22.02.2023 | Dingolfing
- Landesparteitag der FDP Niedersachsen 📅 11.03.2023 | Hildesheim
- Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz 📅 11.03.2023 | Mainz
- 83. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Bayern 📅 18.03.2023 | Ingolstadt
- Landesparteitag der FDP Berlin 📅 06.05.2023

Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: freibrief@fdp.de, Internet: www.fdp.de

Verantwortlich: Michael Zimmermann, Bundesgeschäftsführer